



Baden-Württemberg.de

📅 09.01.2015

BILDUNGSAUFBRUCH

1,7 Milliarden Euro mehr für die Hochschulen im Land

Um das Video zu sehen, müssen Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren. Dadurch werden Informationen an Youtube übermittelt und unter Umständen dort gespeichert. Bitte beachten Sie unsere Hinweise und Informationen zum [Datenschutz](#)



Vorfahrt für Bildung: Die Hochschulen in Baden-Württemberg erhalten bis 2020 rund 1,7 Milliarden Euro zusätzlich. Die Landesregierung verbessert damit die Grundfinanzierung der Hochschulen und stellt mehr Mittel für den Hochschulbau zur Verfügung. Das eröffnet den Hochschulen Planungssicherheit und gute Perspektiven für die Zukunft. Sie erhalten mehr Freiräume für Forschung, Lehre und Kreativität.

Die Landesregierung und Vertreter der Hochschulen haben heute den neuen Hochschulfinanzierungsvertrag unterzeichnet. Die Vereinbarung mit dem Namen „Perspektive 2020“ gilt für sechs Jahre ab 2015.

Starke Hochschulen für ein starkes Land

„Wir schaffen mit ‚Perspektive 2020‘ die Voraussetzungen für starke Hochschulen und damit für ein starkes Land“, sagte Ministerpräsident Winfried Kretschmann bei der feierlichen Unterzeichnung des neuen Vertrags. „Mehr Geld für die Grundfinanzierung bedeutet auch mehr Hochschulautonomie und weniger staatliche Steuerung – mithin mehr Freiräume für Forschung, für kreatives Denken und Arbeiten und für eine selbstbestimmte Entwicklung der Hochschulen“, so Kretschmann.

Mit dem neuen Hochschulfinanzierungsvertrag erhöht das Land die Grundfinanzierung der Hochschulen bis 2020 um drei Prozent pro Jahr. Damit steigt die Grundfinanzierung schrittweise von heute 2,47 Milliarden Euro auf 3,05 Milliarden im Jahr 2020. Dazu kommen 600 Millionen Euro zusätzlich für ein Sonderprogramm zur Sanierung von Hochschulgebäuden. Außerdem erhalten die Universitäten einen Ausgleich für die Steigerung der Energiekosten seit 1997. Die Hochschulmedizin erhält 20 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich für Sonderbedarfe. Über 20 Millionen Euro jährlich entscheiden die Studierenden künftig in einem gesetzten Rahmen eigenständig, wie diese zur Verbesserung der Lehre verwendet werden. Das Land investiert 100 Prozent der freiwerdenden BAföG-Mittel in Bildung – 60 Millionen Euro davon in die Hochschulen.

Land übernimmt Vorreiterrolle

Mit der dreiprozentigen Erhöhung der Grundfinanzierung der Hochschulen setzt Baden-Württemberg als erstes Land die Empfehlungen des Wissenschaftsrats, dem wichtigsten wissenschaftspolitischen Beratungsgremium in Deutschland, um.

Hochschulen können bis zu 3.800 neue Stellen schaffen

„Mit dem Vertrag schaffen wir Planungssicherheit für unsere Hochschulen“, machte Wissenschaftsministerin Theresia Bauer deutlich. „Die Hochschulen haben damit nun die Freiheit, bis zu 3.800 neue Stellen in der Grundfinanzierung einzurichten.“ Der Vertrag berücksichtige außerdem die Sondersituation der Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW) und der Dualen Hochschule (DHBW). Beide Hochschularten hatten sich in den letzten Jahren überproportional am Ausbau der Studienplätze beteiligt. „Wir werden deshalb nun einen Konstruktionsfehler der alten Landesregierung beseitigen und erstmals auch die Personalkostensteigerungen in den Ausbauprogrammen mitfinanzieren“, sagte Bauer.

Perspektiven für die klugen Köpfe im Land

„Bei der Erhöhung der Grundfinanzierungs- und der Baumittel bringt das Land insgesamt rund 1,7 Milliarden Euro zusätzlich ein. Das ist ein klares Bekenntnis zum Innovationsstandort Baden-Württemberg“, betonte Finanz- und Wirtschaftsminister Nils Schmid. „Damit schaffen wir Perspektiven für die klugen Köpfe in unserem Land. Wir versetzen die Hochschulen in die Lage, ihre nationalen Spitzenpositionen zu verteidigen und im internationalen Wettbewerb konkurrenzfähig zu bleiben.“

[Pressemitteilung](#)

[Neuer Hochschulfinanzierungsvertrag \(PDF\)](#)